



Antrag

der Fraktion der FDP

Bürokratieabbau in der Land- und Forstwirtschaft konstruktiv begleiten und umsetzen!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die vom EU-Ministerrat beschlossene Vereinfachung der GAP-Reform und dabei insbesondere die Aussetzung der Stilllegungspflicht von Ackerflächen bis zum Jahr 2027.

I. Der Landtag stellt fest, dass

1. die bürokratischen Belastungen der Land- und Forstwirtschaft zu hoch sind und die Reduzierung bürokratischer Vorgänge für die Unternehmen einen Kostenvorteil darstellen würde, der einem Konjunkturprogramm nahekäme;
2. ein Paradigmenwechsel im agrarpolitischen und ordnungspolitischen System notwendig ist, um die Lähmung durch überfordernde Bürokratie für Betriebe zu überwinden;
3. Landwirtschaft ein Sektor ist, der sich extrem weiterentwickelt und keineswegs veränderungsmüde ist. Dies ist auch notwendig, da sich die Arbeit in offenen Systemen selbstverständlich an veränderte Klima- und Umweltbedingungen anpassen muss, um weiterhin Bestand zu haben. Um dem Fortschritt nicht im Weg zu stehen, ist es das Gebot der Stunde, den Weg zur bestmöglichen

Nachhaltigkeit denen zu überlassen, die tagtäglich in der Praxis auf diese Nachhaltigkeitsziele hinarbeiten. Transformation funktioniert nicht durch behördliche Einladung, sondern durch sich wandelnde Märkte, sich wandelnde Technologien und sich wandelnde Ansprüche der Gesellschaft;

4. insbesondere für den Ackerbau die Düngebedarfsermittlung, die Düngedokumentation und die Stoffstrombilanz in Kombination eine unnötige Mehrfachdokumentation gleicher Vorgänge darstellen;
5. das Herkunftssicherungs- und Informationssystem für Tiere (HIT) Modernisierungsbedarf hat;
6. dass die Zahl der Rastbestände der Weißwangengans und der Graugansbestand in den verschiedenen Erfassungskulissen, die den landesweiten Bestand abbilden, aufgrund der schwierigen Erfassung regelmäßig zu Diskussionen über die geeigneten Monitoring-Methoden führt;

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. den Dialogprozess „Zukunft der Landwirtschaft“ aktiv weiterzuführen sowie eine interministerielle Arbeitsgruppe zum Bürokratieabbau in der Land- und Forstwirtschaft unter Vorsitz des Landwirtschaftsministeriums einzurichten und dem Landtag regelmäßig zu berichten;
2. den Bürokratieabbau für die Land- und Forstwirtschaft auf Bundesebene konstruktiv zu begleiten, um eine effiziente und nachhaltige Nutzung der ländlichen Ressourcen zu gewährleisten und den Unternehmerinnen und Unternehmern im Agrarsektor faire und praktikable Rahmenbedingungen zu bieten;
3. die Umstellung auf Cloud-basierte, digitale Systeme in einem idealerweise bundeseinheitlichen Portal zu verpflichtenden Meldungen voranzutreiben;
4. die bestehenden Meldungspflichten für die Tierhaltung zu reduzieren und zu vereinheitlichen. Landwirtinnen und Landwirte benötigen dahingehend eine einheitliche Datenbank. Dafür soll das Herkunftssicherungs- und Informationssystem für Tiere (HIT) modernisiert werden und für alle Bestands- und Bewegungsmeldungen angewendet werden;

5. über eine Bundesratsinitiative die Bundesregierung dazu aufzufordern, die Dokumentationspflicht für Tierarzneimittel im Arzneimittelgesetz dahingehend zu ändern, dass der Gebrauch auch digital dokumentiert werden kann. Die einzeltierbezogene Dokumentationspflicht für Rinder soll abgeschafft werden. Es soll dem vorrätigen Aufbewahren von Medikamenten gegenüber mehr Kulanz eingeräumt werden. Die Verschreibungspflicht für unbedenkliche Präparate soll aufgehoben werden;
6. sich für den Abbau von Hemmnissen bei Tierwohlstallumbauten einzusetzen und Erleichterungen von Umbau- und Neubaumaßnahmen herbeizuführen;
7. Dokumentationspflichten zu reduzieren. Die Landesregierung wird aufgefordert, unnötige Dokumentationspflichten zu identifizieren und abzubauen, um die administrative Last für Landwirtinnen und Landwirte sowie Forstwirtinnen und Forstwirte zu verringern;
8. digitale Lösungen in der Agrar- und Forstwirtschaft zu fördern. Die Landesregierung soll aktiv die Einführung und Nutzung von digitalen Technologien unterstützen, die dazu beitragen können, den bürokratischen Aufwand zu minimieren. Dazu zählen beispielsweise Präzisionslandwirtschaft und digitale Forstwirtschaft;
9. ein flächendeckendes, einheitliches und aktives Gänsemanagement sowie wirksame Vergrämnungsmaßnahmen einzuführen und die Jagdzeiten anzupassen;
10. die Knickpflegevorschriften zu vereinfachen.

Oliver Kumbartzky

und Fraktion